

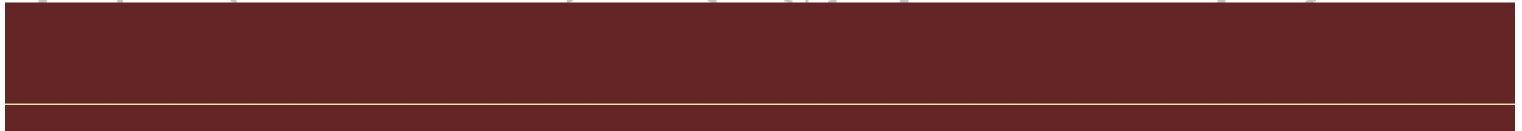


gender & bewaffnete konflikte

gender

m a z e d o n i e n

dr.ⁱⁿ henriette riegler
wien, august 2006



**Internetrecherche/Desk Studie im Rahmen des Projektes:
Konflikt & Gender in den Schwerpunkt- und Kooperationsländern
der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit**

Impressum

Herausgeber:
**Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit
Vienna Institute for Development and Cooperation (VIDC)**

Adresse:
**Möllwaldplatz 5/3, 1040 Wien
Tel: +43/1/713 35 94, Fax: DW 73
gender@vidc.org
www.vidc.org**

Redaktion/Layout:
**Mag.^a Renate Semler
Mag.^a Magda Seewald**

Copyright:
Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit

Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit



Offenlegung nach Paragraph 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit, Möllwaldplatz 5/3, 1040 Wien
Grundlegende Richtung: Diskussionsbeiträge zu den Themen Entwicklungspolitik,
Entwicklungszusammenarbeit und Kulturaustausch Süd/Nord sowie Antirassismusaktivitäten. Verantwortlich
für den Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion, Eigenvervielfältigung, Verlags- und
Herstellungsort: Wien

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsliste.....	4
Vorwort des Vienna Institute for Development and Cooperation.....	5
1. Einleitung.....	6
2. Zusammenfassende Empfehlungen.....	9
3. Geschichte des Konfliktes	11
3.1. Wer sind die involvierten AkteurInnen ?.....	11
3.2 Wie verläuft der Konflikt ?.....	14
4. Welche Auswirkungen haben die Ereignisse auf die Institutionen?	18
4.1 Soziokulturelle Institutionen.....	18
4.2 Politische Institutionen	20
4.3 Militärische Institutionen.....	22
4.4 Ökonomische Institutionen	24
5. Quellenverzeichnis.....	26

Abkürzungsliste

AKSh	Armata Kombetare Shqiptare
BDI	Bashkimi Demokratik per Integrim/BDI, auf mazedonisch: siehe DUI
DUI	Demokratska Unija za Integracija
FYROM	Former Republic of Macedonia
GTF	Gender Task Force des Stabilitätspaktes für Südosteuropa
KFOR	Kosovo Force
LDP	Liberalno-Demokratsko Partija
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
NATO	North Atlantic Treaty Organization
PPD	Partita Per Prosperitet Demokratik
PDSH	Partita Demokratike Sqiptare
SEESAC	South Eastern Clearing House for the Control of Small Arms and Light Weapons
SDSM	Socialdemokratski Sojuz na Makedonije
SOZM	Savez zenskih organizacija u Makedoniji
UÇK	Ushtria Çlirimtare Kosovës
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Programme
UNPREDEP	United Nations Preventive Deployment Force
UNPROFOR	United Nations Protection Force
UNMIK	United Nations Mission in Kosovo
UNIFEM	United Nations Development Fund for Women
VRMO-DPMNE	Vnatresno Makedonska Revolucionerna Organizacija – Demokratsko Partija za Makedonsko Nacionalno
ZMZ	Za Maakedonija Zaedno

Vorwort des Vienna Institute for Development and Cooperation

Die vorliegende Studie wurde im Rahmen des Projektes „Gender und bewaffnete Konflikte“ des vidc erstellt. Ziel dieses Vorhabens ist eine Gender Analyse der bewaffneten Konflikte in den Schwerpunkt- und Kooperationsländern der OEZA.

Die einzelnen Arbeiten basieren auf einer Internetrecherche, wobei darauf geachtet wurde, dass alle Studien in gleicher Weise aufgebaut sind und somit einen Vergleich zulassen. Diese Struktur der Arbeiten wurde im Rahmen eines Workshops unter der Leitung von Dr.ⁱⁿ Dubravka Zarkov vom Institute of Social Studies (ISS) Den Haag erarbeitet. Ihr sei an dieser Stelle ganz herzlich für ihre Mitwirkung gedankt.

Als zentrale Frage der Arbeiten gilt jene nach den Auswirkungen des jeweiligen Konflikts auf die wichtigsten Institutionen der Gesellschaft – soziokulturelle, politische, militärische und wirtschaftliche. Um dieses Konzept auf möglichst viele Länder in durchaus unterschiedlichen Konfliktstadien anwenden zu können, wurde ein weiter Konfliktbegriff gewählt, der Konflikte als soziale Prozesse definiert und somit sowohl Vorkonfliktphasen wie auch Nachkonfliktphasen abdeckt.

Trotz dieser einheitlichen Struktur haben sich in den einzelnen Arbeiten doch unterschiedliche Schwerpunkte herauskristallisiert, die einerseits vom Konfliktstadium und andererseits von der Quellenlage abhängig waren. In laufenden Arbeitsgruppentreffen und regem Austausch mit ExpertInnen der EZA konnten Problemstellungen diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht werden. Das so erzielte Ergebnis enthält Handlungsanweisungen und -empfehlungen für die OEZA, die jedoch aufgrund der eingeschränkten Forschungsmöglichkeiten (Internetrecherche) nur ein Anhaltspunkt für konkrete Projektempfehlungen sein können.

Mag.^a Magda Seewald

Februar 2006

1. Einleitung

In der wissenschaftlichen Literatur werden verschiedene Begriffe verwendet, um Konflikte zu bezeichnen, wie etwa Krieg, bewaffneter oder gewaltsamer Konflikt. Auch wenn sie meist synonym verwendet werden, so liegt jedem dieser Begriffe ein ideologisches Narrativ zugrunde.

Im Sinne Clausewitz ist Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mittel, um die Interessen eines Staates oder einer Konfliktpartei durchzusetzen. Der Terminus Krieg wird besonders dann verwendet, wenn es gilt eine Gruppe oder ein Volk für den Kampf zu mobilisieren (vgl. Clausewitz). Ähnliches gilt für den Begriff des „gerechten Krieges“. Er wird zusehends verwendet, um das eigene Volk und die internationale Staatengemeinschaft zu überzeugen gegen einen Tyrannen zu kämpfen und damit Freiheit, Demokratie und Frieden für ein Volk und Sicherheit für die Welt zu bringen. In diesem Zusammenhang wird auch vermehrt von „Interventionen“ gesprochen.

Der Begriff „Krieg“ fokussiert auf die unmittelbare gewaltsame Auseinandersetzung zwischen zwei oder mehreren Konfliktparteien und ignoriert dabei, dass es eine Zeit vor dem Ausbruch der Gewalt gibt – Cynthia Cockburn nennt sie „uneasy peace“ (Cockburn 2001, 13) – in der entsprechende Propaganda und Aufrüstung stattfinden. Sie ist meist auch geprägt von einem Anstieg räumlich begrenzter Gewalt. Ebenso wenig endet ein Konflikt mit der Beendigung des Krieges. Um also einen bewaffneten Konflikt in seiner gesamten Auswirkung analysieren zu können, ist es sinnvoll ihn als sozialen Prozess zu sehen. Dadurch können bewaffnete Konflikte in unterschiedlichen Phasen nach ähnlichen Gesichtspunkten untersucht werden. Wie etwa Ruanda, wo der Völkermord bereits einige Jahre zurückliegt und das Land sich in einer Post-Konflikt-Phase befindet, oder Äthiopien, wo allerdings die Nachkriegszeit sehr schnell wieder zu einer Pre-Konflikt-Phase werden kann. Während hingegen Norduganda sich in einem akuten bewaffneten Konflikt befindet.

Im Laufe dieses sozialen Prozesses werden unterschiedliche Formen von Gewalt, unmittelbare physische, strukturelle und kulturelle Gewalt, ausgeübt. Gewaltförmige Konflikte setzen starke kollektive Identitäten voraus, wobei Ethnie und Gender eine wesentliche Rolle spielen. Gender wird hierbei als eine soziale Konstruktion von Geschlecht, als soziokulturelle Annahmen über Männer und Frauen und ihr Verhalten zu einander verstanden. Dabei geht es nicht nur um das typische, sondern auch um das normativ angemessene, das „richtige“ Verhalten von Männern und Frauen. In Konfliktzeiten dienen

solche Geschlechterbilder auch zur Konstruktion von Freund- und Feindbildern. Dabei ist der Kern dieser Geschlechterbilder die Dichotomie des männlichen Täters und des weiblichen Opfers (Kassel 2005: 36).

Die Bedeutung von Gender in ethno-nationalen Konflikten

Besondere Bedeutung kommt dieser Konstruktion von Geschlecht und den damit verbundenen Geschlechterverhältnissen in ethno-nationalen Konflikten, wie etwa im Kosovo, zu. Dabei werden sehr oft biologistische Metaphern verwendet, indem die Nation als Körper verstanden wird, der durch den Feind verletzt oder vergewaltigt wird und entsprechend verteidigt werden muss. Neben dieser biologisch-physischen Komponente spielt auch die kulturell-symbolische Ebene eine wichtige Rolle. Es gilt das gemeinsame kulturelle Erbe zu schützen. Ein Erbe, das vielfach von Müttern durch soziale Praktiken und Traditionen an die nächste Generation weiter gegeben wird und als Grenzziehungsmechanismus zwischen dem eigenen und dem anderen dient. Es ist daher kein konfliktbegleitendes Zufallsprodukt, sondern ein dieser Logik entsprechendes Phänomen, wenn Frauen ein besonderes Ziel von Attacken in ethno-nationalen Konflikten sind. Sie werden gezielt wegen ihrer zweifachen Positionierung der biologisch-physischen und der kulturell-symbolischen angegriffen. Dies äußert sich etwa in Massenvergewaltigungen, wie in Ruanda, Kosovo oder Uganda, durch die gezielt die weibliche Reproduktionsfähigkeit „benutzt“ wird. Dabei gilt die Schwängerung der Frauen des nationalen Feindes als Ziel, um die fremde, verfeindete Gruppe von innen heraus zu schwächen und damit den militärischen Angriff von außen zu ergänzen.

Ebenso wie Weiblichkeit im Verhältnis zum nationalen Körper konstruiert wird, geschieht dies mit Männlichkeit. Aufgabe der Männer ist es, die Gruppe, die Frauen zu schützen und ihre Werte zu verteidigen. Also auch hier ist in der Konstruktion von Männlichkeit eine physische und symbolische Ebene impliziert. Wird eine Frau angegriffen, richtet sich dieser Angriff ebenso gegen die Männer dieser Gruppe. Wird sie vom Feind vergewaltigt, wird dadurch nicht nur die Fähigkeit der Männer zur Verteidigung, also ihre Männlichkeit in Frage gestellt, sondern auch der eigene nationale Körper durch den Feind in Besitz genommen. Durch die „Infiltrierung“ des nationalen Körpers, wenn etwa Kinder als Folge solcher Vergewaltigungen geboren werden, wird der symbolische Effekt der Inbesitznahme durch den nationalen Feind erreicht und eine dauerhafte Schwächung bzw. (Zer)störung der Gruppenidentität erzielt.

Retraditionalisierung

Die durch die Geschlechterkonstruktion vermittelten gesellschaftlichen Erwartungen und Rollen können sich in sozialen Prozessen, also auch in bewaffneten Konflikten, verändern. Dabei können Geschlechterbilder verstärkt werden, so etwa durch die Betonung des Mannes als Krieger, Held und Beschützer oder der Frau als Opfer, Pflegerin und Schutzbedürftige. Andererseits übernehmen Frauen in Kriegszeiten oft Tätigkeiten, die vorher „üblicherweise“ von Männern ausgeführt wurden. Diese Ausweitung der Geschlechterrolle bedeutet aber meist keine Änderung der in einer Gesellschaft vorhandenen Geschlechterideologien. Soldatinnen bringen generell die, „Geschlechter-Kriegsordnung“ durcheinander und geraten dadurch in einen Widerspruch zwischen „Geschlechterbild“ (friedfertiges Opfer) und „Geschlechterrolle“ (kämpfende Soldatin) (Kassel 2005: 37). Dies zeigt sich etwa bei weiblichen Kombattantinnen, wie in Ruanda. Traditionellerweise gelten Frauen dort nicht als Kämpferinnen, allerdings griffen in den 1990er Jahren hunderte Frauen zu den Waffen. Während ihre männlichen Kollegen Demobilisierungsprogramme durchlaufen und ohne große Probleme wieder in ihren Gesellschaften Fuß fassen können, ja zum Teil als Helden gefeiert werden, sind ehemalige Kämpferinnen stigmatisiert.

Vielerorts ist nämlich nach Beendigung von Kampfhandlungen eine Wiedererstarkung der traditionellen Geschlechterbilder zu erkennen. Diese Retraditionalisierung zeigt sich etwa in der Westsahara, wo im Laufe des Waffenstillstandes traditionelle soziokulturelle Praktiken wie der Brautpreis wieder eingeführt wurden, nachdem er in den 1970er Jahren abgeschafft worden war. Ähnliches ist auch in Äthiopien zu erkennen, wo in der Post-Konflikt-Phase alte kulturelle Praktiken wieder verstärkt angewendet werden.

Gewalt

Die Betonung des Mannes als Krieger unmittelbar vor, während und nach bewaffneten Konflikten geht stets auch einher mit der Ausübung von Gewalt. Da Geschlechterverhältnisse auch immer Machtverhältnisse sind und in Krisenzeiten derjenige die Macht besitzt, der über Waffen verfügt, sind Frauen in solchen Zeiten verstärkt von Gewalt bedroht. Dies zeigt sich nicht nur in der Verwendung von geschlechtsspezifischer sexualisierter Gewalt, wie Vergewaltigung, als Kriegswaffe, sondern auch häufig im Anstieg häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder in Post-Konflikt-Situationen.

Institutionen

Wenn also Geschlechterkonstruktionen innerhalb sozialer Prozesse veränderbar sind, haben in bewaffneten Konflikten unterschiedliche AkteurInnen Einfluss auf diese Konstruktionen, wie etwa das Militär oder sonstige bewaffnete Einheiten. Andererseits sind in vielen

Nachkriegssituationen internationale Organisationen und sonstige AkteurInnen in den Prozess involviert und beeinflussen damit die Geschlechterkonstruktion. Diese AkteurInnen versuchen dabei vielfach ihre Konzepte von Gender durchzusetzen. Daher ist es bei der Gender Analyse eines Konflikts auch wichtig, die involvierten AkteurInnen im Hinblick auf ihre Geschlechterbilder zu untersuchen.

Hierbei ist vor allem interessant, wie sich der gewaltsame Konflikt auf die zentralen Institutionen einer Gesellschaft auswirkt und wie diese wiederum von den AkteurInnen beeinflusst werden. Denn es sind diese Institutionen, die maßgeblich Geschlechterverhältnisse konstruieren. Soziale und kulturelle Institutionen, wie etwa Familie oder Schule, tragen bereits früh zur Vermittlung bestimmter Geschlechterbilder bei. Ähnliches gilt für militärische und wirtschaftliche Institutionen. Während politische Institutionen durch gesetzliche Regelungen diese entweder festschreiben oder auch herausfordern können, wie etwa das Beispiel Ruanda zeigt, wo nach dem Völkermord zahlreiche Gesetze im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit verändert wurden und dadurch die politische Partizipation von Frauen enorm zugenommen hat.

Eine solche Untersuchung kann helfen neue Konflikte zu verhindern. Denn wenn es für Frauen und Männer in einer Gesellschaft unmöglich ist, den vorgegebenen Geschlechtervorstellungen zu entsprechen, wenn die Realität dies nicht zulässt, führt das unweigerlich zu neuen Konflikten.

2. Zusammenfassende Empfehlungen

Die heiße Konfliktphase in Mazedonien 2000/2001 war relativ kurz. Schon sehr bald und noch bevor sich permanente Konfliktstrukturen herausbilden konnten, griff die Internationale Gemeinschaft ein und entschärfte den Konflikt auf mehrfache Weise: durch die militärische Deeskalation des Konfliktes, die Erarbeitung eines Friedensplanes sowie die spätere Überwachung seiner Umsetzung. Zuletzt kann auch das permanent aufrechterhaltene und strukturierte Angebot für Mazedonien sich an die EU-Strukturen anzugleichen¹, mit der Perspektive eines Vollbeitritts in diese Richtung interpretiert werden. Das Geschlechterverhältnis innerhalb eines in erster Linie ethno-nationalen Konfliktes dürfte sich zwar durch den Konflikt und durch die aus ihm resultierende Fluchtmigration verändert haben – eine tiefer greifende Umwälzung dürfte dieses Verhältnis dadurch aber nicht erlitten haben.

¹ 2004 schloss Mazedonien mit der EU ein Assoziierungs- und Stabilisierungsabkommen, seit 2005 ist es offizieller Beitrittskandidat. Widerstand kam hier v.a. vom allgemein sehr erweiterungskritischen Frankreich, hingegen werden EU-weit Missstände in der Verwaltung des Landes, im Justizwesen und bei der Korruptionsbekämpfung kritisiert. Inwieweit die wachsende Erweiterungsskepsis in Europa diesen Stabilisierungsanreiz außer Kraft setzen wird, bleibt abzuwarten.

Man kann jedoch davon ausgehen, dass sich bereits viel länger wirksame ethno-nationale Zuschreibungen und in deren Kontext das Verständnis von Frauen und Männern und ihre Rollen durch den Konflikt eher verfestigt haben. Insbesondere sieht man dies in den nach wie vor diskutierten demographischen Szenarien einer „Überfremdung der mazedonischen Nation“ durch die höhere albanische Geburtenrate (vgl. Brunnbauer 2004: 3), die als eine geschlechtsspezifische Trennung in eine „primitivere“, unterentwickelte und in eine modernere, entwickeltere Nation interpretiert wird. Dazu kommt eine durch den Konflikt erfolgte Konzentration auf öffentliche (und auch private) Sicherheit, etwa durch die Zunahme von Waffen in privaten Haushalten.²

Bei all diesen Problemen spielt natürlich die Konfliktgeschichte im Kosovo die zentrale Rolle, und zwar als direkter Einfluss auf die Lage in Mazedonien (Stichwort: Flüchtlinge, regionaler Einsatz der Internationalen Gemeinschaft, negativer Effekt auf regionale Entwicklungsszenarien etc.). Aber auch indirekt spielt dieser Konflikt eine Rolle: es gibt einige Parallelen zum mazedonischen Konflikt, andere werden konstruiert. Während es jedoch im Falle des Kosovo zu einer jahre- bis jahrzehntelangen planmäßigen Verkrüppelung bis Zerstörung autochthoner Institutionen kam, existierte die gleichberechtigte Integration der albanischen Minderheit in den politischen, ökonomischen und sozialen Institutionen in Mazedonien aufgrund des exklusiven Anspruches der mazedonischen Staatsnation nie. Es kam aber auch nicht zu offener Zerstörung und Verfolgung der Minderheit, wie sie für die Albaner des Kosovo galt. Dass dies durchaus auch möglich gewesen wäre, zeigte sich in den öffentlichen Reaktionen auf das Auftauchen der von den Ereignissen im Kosovo inspirierten und zum Teil auch von diesem aus agierenden mazedonischen UÇK.

Die Strukturen des Geschlechterverhältnisses sind daher eher von der jugoslawischen Phase der ehemaligen Teilrepublik, die im jugoslawischen Verbund eine der relativ unterentwickelten südlichen Republiken war, sowie des jugoslawischen Zerfalls gekennzeichnet, als durch den kurzen Konflikt von 2001. Trotzdem ist die Nachkonfliktphase, die mit dem Angebot der europäischen Integration einhergeht, wohl charakteristisch für das Geschlechterverhältnis in Mazedonien. Erstmals muss sich Mazedonien als eigenständiger Staat seinen internen Problemen stellen. Im Konflikt traten die Probleme der mazedonischen Gesellschaft konturiert zutage.

² Besonders im Jahr nach dem Konflikt kam es zu einer Zunahme von Schussverletzungen und Todesfällen durch Schusswaffengebrauch, die eindeutig auf eine Zunahme des Waffenbesitzes hinweisen. Vgl. dazu die SEESAC Studie „The rifle has the devil inside – Gun culture in South Eastern Europe“, Mai 2006, S. 19 und S. 21. Darüber hinaus wird aber in dieser cross-country Analyse darauf hingewiesen, dass es in Mazedonien gerade keine starke kulturelle Akzeptanz des Waffenbesitzes gibt, vgl. S. 33.

Die Empfehlungen gehen daher in die Richtung einer Anerkennung der Konfliktstruktur und lassen sich sektoral wie folgt aufschlüsseln:

- Die Förderung von Kontakten zwischen den Frauenorganisationen beider nationaler Gruppen. Da die albanischen Organisationen hier einen strukturellen Nachholbedarf haben (es gibt viel weniger Organisationen und Mitglieder, die Leitungsfunktionen sind überwiegend mit Mazedonierinnen besetzt), müssen sie speziell unterstützt werden. Aufgrund der sozio-politischen und territorialen Nähe hätte vor allem die sehr aktive kosovarische NGO- und Aktivistinnenszene hier eine wichtige Funktion, die durch spezielle Maßnahmen unterstützt werden sollte: Einladen von mazedonischen Albanerinnen (aber genauso Mazedonierinnen) in den Kosovo, Abhalten bestimmter Seminare und Verknüpfungsaktivitäten mit Kosovarinnen in Mazedonien etc.
- Die Verstärkung institutioneller Aktivitäten von denen beide Gruppen – MazedonierInnen und AlbanerInnen - profitieren, z.B. eine regionale Förderung der marginalen Gebiete Mazedoniens, die gemischt besiedelt sind: je attraktiver diese Gebiete nämlich für ihre gemeinsame Bevölkerung werden, desto weniger Angst braucht die mazedonische Seite vor etwaigen irredentistischen Aktivitäten der AlbanerInnen zu haben und desto weniger leicht werden reale politische, ökonomische und soziale Nachteile dieser Region den AlbanerInnen in ethno-nationalen (Fremd-) Zuschreibungen zur Last gelegt werden.
- Die Unterstützung der wirtschaftlichen Aktivitäten um das ökonomische Gefälle innerhalb Mazedoniens zu überwinden. Dabei ist eine Öffnung des Handels und anderer ökonomischer Projekte vor allem mit dem Kosovo und Südserbien eine wichtige Komponente.

3. Geschichte des Konfliktes

3.1. Wer sind die involvierten AkteurInnen ?

Der Konflikt um und in Mazedonien ist ein vielschichtiger: zunächst war es ein begrenzter Konflikt um die Frage der Staatennachfolge des ehemaligen Jugoslawien. Ungleich den anderen Nachfolgestaaten galt Mazedonien dabei als ein Ausnahmefall, wurde es doch nicht wie die anderen Nachfolgestaaten nach seiner Unabhängigkeitserklärung von Belgrad militärisch attackiert. Mazedonien hatte sich relativ lange davon überzeugt gezeigt, dass der

jugoslawische Staatenverbund doch reformierbar ist - es waren die Präsidenten Bosnien-Herzegowinas und die Mazedoniens, die am ausdauerndsten auf eine Neuverhandlung der Föderation setzten. Auf seine Unabhängigkeitserklärung folgte aber nicht, wie vielerorts geunkt wurde, die Ausweitung der Kriegshandlungen auf Mazedonien, sondern ein regionaler und europäischer Anerkennungsstreit. Das EG/EU-Mitglied Griechenland boykottierte die Anerkennung Mazedoniens aus mehreren Gründen:

- wegen des Namens Mazedonien, den Griechenland auf die gleichnamige griechische Region beschränkt wissen wollte,
- wegen des historischen mazedonischen Sonnensymbols in der mazedonischen Fahne,
- wegen der ursprünglichen Verfassung Mazedoniens, in dem sich Mazedonien explizit als Förderer der Rechte mazedonischer Minderheiten und Diasporen versteht.

All dies empfand Griechenland als verdeckt geäußerte territoriale Ansprüche des ex-jugoslawischen Nachfolgestaates. Und so wurde Mazedonien von allen Teilrepubliken 1993 am spätesten als unabhängiger Staat und das nur unter dem Namen *Former Republic of Macedonia/FYROM* anerkannt.³

Aus Angst bezüglich eines Überschwappens der ex-jugoslawischen Konfliktdynamik stationierte zunächst die UNO⁴ und später die NATO eine internationale Sicherheitstruppe an der Grenze zu Restjugoslawien. Freilich war diese Angst teilweise unbegründet, weil trotz großserbischer Rhetorik, die Mazedonien als Südserbien titulierte, die kleine serbische Minderheit im Land nicht das konflikteskalierende Potential hatte, welches Voraussetzung für die Initiierung der Konflikte in Kroatien und Bosnien-Herzegowina war.

Diese zwischenstaatlich-regionale Konfliktdimension war jedoch nicht die primäre Gefahr im neuen Staat: es war dies vielmehr die post-jugoslawische und die postkommunistische Entwicklung mazedonischer Staatlichkeit und das sich in ihr transformierende Verhältnis zwischen der nationalen Mehrheit der Mazedonier und der (wachsenden) albanischen Minderheit.⁵ Die Unzufriedenheit der Minderheit, die politisch wie strukturell aus dem Modernisierungsprozess und später aus dem post-kommunistischen Transformationsprozess

³ Es gab zwar immer wieder bilaterale Gespräche, die letzten Endes kein Ergebnis brachten. Im November 2004 kurz vor dem Referendum über die Dezentralisierung hat die USA die Republik unter dem Namen Mazedonien anerkannt.

⁴ Zunächst waren zwei Kontingente der UNPROFOR an der Nordgrenze Mazedoniens stationiert, ab 1995 wurden die in UNPREDEP (United Nations Preventive Deployment Force) umbenannt

⁵ Nach der international überwachten Volkszählung vom November 2002 (die Daten wurden erst im Dezember 2003 veröffentlicht) setzt sich die Bevölkerung folgendermaßen zusammen: 64,18 % Mazedonier, 25,17% Albaner, die danach größte Minderheit ist die türkische mit 3,85% der Gesamtbevölkerung.

ausgeschlossen blieb⁶, zeigte sich bereits darin, dass die Albaner das Unabhängigkeitsreferendum boykottierten und auch der neuen Verfassung gegenüber sehr kritisch eingestellt waren. Tatsächlich verlief der Auflösungsprozess Jugoslawiens nicht nur wegen der Kriege in den Nachfolgestaaten (Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und der *low intensity* Konflikt im Kosovo der erst 1999 zu einem offenen Krieg führte) für Mazedonien und insbesondere für seine albanische Minderheit dramatisch. Schon seit Beginn des Kosovokonfliktes gab es eine kontinuierliche Fluchtmigration⁷ aus dem Kosovo nach Mazedonien (insbesondere in die albanischen Siedlungsgebiete). Durch den Zerfall Jugoslawiens wurden die Rechte der im jugoslawischen politischen Raum als Volksgruppen (*narodnost*) und Nationen (*nacija*) generell zu Minderheitenrechten innerhalb eines von einer Titularnation dominierten politischen Systems herabgestuft. Den Albanern wurde zudem vor allem von serbisch-montenegrinischer, aber auch von mazedonischer Seite vorgeworfen am Zerfall Jugoslawiens schuld zu sein und großalbanische Aspirationen zu verfolgen. Der Zerfallsprozess aber vor allem der Kosovokonflikt führte dazu, dass soziale und kulturelle Institutionen, die von AlbanerInnen republikübergreifend genutzt werden konnten und wurden, wegfielen und sich somit internes Konfliktpotential aufstaute. Ein gutes Beispiel dafür ist die (auch) albanischsprachige Universität von Priština, die auch von den AlbanerInnen Mazedoniens genutzt wurde, da die mazedonischen Universitäten monolingual waren. Die gewaltsame Serbisierung des Kosovo Anfang der 1990er Jahre, die diese Möglichkeit für AlbanerInnen im Kosovo und in Mazedonien verschloss, führte direkt zum Konflikt um die 1992 gegründete albanische Universität von Tetovo, die der Nationalstaat Mazedonien als illegal und Unterminierung seines staatlichen Gesamtanspruches auffasste. So war es denn auch kein Wunder, dass der Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes 2001 im Kreuzungspunkt lokaler und regionaler Spannungen stattfand.

Der Konflikt wurde dabei ebenso lokal (-mazedonisch) wie er auch ganz stark regional vom Kosovo-Konflikt und seinen Folgewirkungen, insbesondere in dessen heißer internationalen Phase, ausgelöst. Einer der auslösenden Faktoren mag die hohe Zahl an Kriegsflüchtlingen aus dem Kosovo während des Krieges 1999 gewesen sein. Ein anderer die Feststellung, dass sich Gewalt, wie es sich in den bis dahin stattfindenden Jugoslawienkriege der 1990er

⁶ Siehe dazu die ausgezeichnete Studie von Stephan Hensell, der genau diesen ungleichen Modernisierungsprozess für das entstehende ethno-nationale Konfliktmuster verantwortlich macht (Hensell 2002:7ff.)

⁷ Schätzungen gehen von Zehntausenden bis zu Hunderttausend vor dem Krieg von 1998/1999, dann schwoll die Zahl in kurzer Zeit auf über 400.000 an. Damals wurde von mazedonischer Seite auch versucht, die unliebsamen Flüchtlinge los zu werden. Höhepunkt war die zunächst verheimlichte Deportation von Flüchtlingen nach Albanien. Die Lage entspannte sich jedoch nach dem Ende des Kosovokrieges rasch wieder, da die Rückkehr in den Kosovo sehr zügig voranging.

besonders aber in dem geographisch wie zeitlich nächsten im Kosovo gezeigt hatte – in politische Forderungen ummünzen lässt. Ähnlich der Konfliktdynamik im Kosovo traten ab 2000/2001 eine Guerilla auf, die AKSh (Armata Kombetare Shqiptare), die Anschläge auf mazedonische Sicherheitskräfte unternahm. Diese wurden dann ab 2001 systematisiert und im Namen der UÇK (Ushtria Çlirimtare Kombetare) ausgeführt. Es dürfte sich hierbei um eine vom Kosovokrieg inspirierte, teilweise auch aus dem Kosovo agierende Gruppe handeln.⁸

Nicht unterschätzt werden darf, dass der Kosovo für die AlbanerInnen aus Mazedonien zunächst einmal Anziehungspunkt war. Nach der zunehmenden Verschlechterung der Lage im Kosovo in den 1990er Jahren wurde er aber immer mehr zum negativen Bezugspunkt. Dies traf insbesondere die albanisch besiedelten Grenzdörfer, die immer wieder zum Angriffsziel serbischer Militäraktionen im Kosovo wurden. So sehr die kosovarisch-mazedonische Verbindungslinie also nicht außer acht gelassen werden darf, so sehr dürfte es sich beim Konflikt 2001 im wesentlichen aber um ein mazedonisch verankertes und auf Veränderungen in Mazedonien zielendes zivil-militärisches Projekt gehandelt haben.

3.2 Wie verläuft der Konflikt ?

Im März 2001, als die Kämpfe in Tetovo begannen, flüchteten 40 000 ZivilistInnen in umliegende Staaten, vor allem in den Kosovo. Im Juni flüchteten 65 000 AlbanerInnen in den Kosovo und einige Tausende MazedonierInnen nach Serbien. Zudem führten die Kämpfe zu rund 32 000 intern Vertriebenen innerhalb Mazedoniens (vgl. RFE/RL vom 27. Juni 2001).⁹ Nach tödlichen Anschlägen auf mazedonische Sicherheitskräfte im mazedonisch-kosovarischen Grenzgebiet, kam es zu anti-albanischen Ausschreitungen in gemischt besiedelten Städten in Mazedonien. 2001 wurden bei den Kämpfen ca. 100 Menschen getötet, mehrheitlich direkt an den Kämpfen Beteiligte.¹⁰

Bevor sich der Guerillakrieg gegen die nationalen Sicherheitskräfte jedoch zu einem richtigen Krieg ausweiten konnten, griff die Internationale Gemeinschaft in das Geschehen ein: im Juli 2001 wurde ein Waffenstillstand, ab August ein Friedensplan verhandelt, innerhalb dessen ein Teil der Forderungen der AlbanerInnen als gerechtfertigte Reformvorhaben begriffen wurden:

⁸ So war einer der mitauslösenden Faktoren die 2001 zwischen der Bundesrepublik Jugoslawien und Mazedonien festgelegte Grenzverlauf, der die serbisch-kosovarisch-mazedonische Grenze ohne Einbeziehung der Kosovaren (bzw. auch ohne Konsultation mit der dafür zuständigen UNMIK) festlegte.

⁹ 2001 kommt UNHCR zu einer vergleichbaren Zahl, die jedoch ethnisch aufgeschlüsselt ist: 108 000 AlbanerInnen und 40 000 MazedonierInnen seien aus dem Konfliktgebiet geflohen (Stodiek/Zellner 2005:90)

¹⁰ Informationen zu Mazedonien im Kriege-Archiv der Hamburger Arbeitsgemeinschaft für Kriegsursachenforschung, Autor Stephan Hensell, abrufbar unter: www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/

im Abkommen von Ohrid vom 13. August 2001¹¹ wurde eine Veränderung des nationalstaatlichen politischen Systems, mit seiner inhärenten Bevorzugung der mazedonischen Mehrheit erreicht. Die mazedonische Verfassung wurde geändert:

- Mazedonien als „Staat der Mazedonier, Albaner, Türken, Serben, Roma and Vlachen“ bezeichnet.
- Das Albanische wurde in den Rang einer offiziellen Sprache erhoben und bei einem 20 Prozent Anteil an AlbanerInnen als Amtssprache zugelassen.
- Einige Verfassungsbestimmungen wurden aufgehoben.
- Die Dezentralisierung Mazedoniens sowie die Steigerung des AlbanerInnenanteils in den wichtigsten mazedonischen Institutionen, insbesondere Polizei und Militär festgeschrieben.
- In Zukunft sollen Gesetzesvorlagen von der Minderheit gestoppt werden können, so sie nur die Unterstützung der mazedonischen Mehrheit haben.

Es sollte auch der lange geplante Zensus durchgeführt werden. Parallel dazu erfolgte die Stationierung einer 4 500 Personen starken NATO-Truppe¹² zur Überwachung des Waffenstillstandes sowie der Auflösung, der Entwaffnung (und Amnestierung) der UÇK (Amnestiegesetz von März 2002).

Nachdem sich die UÇK¹³ aufgelöst hatte, gründete einer ihrer Hauptakteure, Ali Ahmeti, eine Partei, die Demokratische Union der Integration (Bashkimi Demokratik per Integrim/BDI)¹⁴, der sich auch einige Abgeordnete der an der Koalition beteiligten albanischen PPD (Partita Per Prosperitet Demokratik) anschlossen. Durch die Parlamentswahlen im September 2001 kam es zu einer Ablöse der regierenden Koalition. Der oppositionelle Sozialdemokratische Bund Mazedoniens (Socialdemokratski Sojuz na Makedonije/SDSM), der mit der ZMZ (Za Maakedonija Zaedno - „Miteinander für Mazedonien“) und den Liberaldemokraten (Liberalno-Demokratska Partija/LDP) in einem Wahlbündnis antrat, gewann die meisten Parlamentssitze und bildete mit der DUI eine Koalition. Eine der ersten Amtshandlungen der neuen Regierung war die Auflösung der faktisch nur dem Innenministerium unterstellten aber weitgehend autonom agierenden Spezialtruppe Lavovi (die Löwen). Diese, besonders für ihr hartes Vorgehen gegenüber der albanischen Zivilbevölkerung berüchtigte Einheit hatte

¹¹ Der Friedensplan wurde am 31. Oktober im mazedonischen Parlament ratifiziert.

¹² Unter dem Namen „Essential Harvest“. Im September war diese Operation beendet und wurde durch eine neue NATO Mission „Amber Fox“ abgelöst, die sich nur mehr auf 1 000 Soldaten stützte.

¹³ dagegen vertrat eine militante Splittergruppe die Albanische Nationale Armee (AKSh) ein großalbanisches Programm des Zusammenschlusses aller albanischen Gebiete

¹⁴ oft wird in der Literatur der mazedonische Name - Demokratska Unija za Integracija/DUI - verwendet

wesentlich zur Eskalation des Konfliktes beitragen.¹⁵ Während die Regierung dieses nationale Sicherheitsproblem löste, wurden parallel dazu internationale Friedenstruppen stationiert. Auf die zwei NATO-Truppen folgte ab April 2003 die erste 350 Soldaten starke EU peace keeping force („Allied Harmony“), die ab 2004 durch eine EU-Polizeitruppe abgelöst wurde.

Dass die Krise in Mazedonien vorbei war, zeigt sich im Februar 2004 als einer der Architekten der Versöhnung, der mazedonische Präsident Boris Trajkovski, bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben kam. Es gab trotz dieses stabilitätspolitischen Vakuums kaum Versuche, den Konflikt wieder zu entfachen bzw. bereits durchgeführte oder anvisierte Reformen zurückzunehmen.

Am umstrittensten war freilich die Veränderung in der administrativen Grenzziehung der Gemeinden. Mazedonien sollte 2004 von 123 auf 84 Gemeinden reduziert werden, wodurch sich in über einem Dutzend Gemeinden das ethnische Mehrheitsverhältnis zu Gunsten der AlbanerInnen verschieben würde.¹⁶ Ein Referendum, initiiert vom mazedonischen Weltkongress, sollte dieses Reformvorhaben verhindern. Obwohl sich die oppositionelle VRMO-DPMNE (Vnatesno Makedonska Revolucionerna Organizacija – Demokratsko Partija za Makedonsko Nacionalno) dem Referendum anschloss, konnte die Reform aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung von 26 Prozent nicht verhindert werden.¹⁷

Ethno-nationale Komponente ist die primäre Konfliktdeterminante

In der Mazedonischen Akademie der Wissenschaften wurde im Mai 2001 laut über einen Gebietsaustausch mit Albanien und über einen ihn begleitenden Bevölkerungstransfer nachgedacht. Im Gespräch war damals die mehrheitlich albanisch besiedelten Gebiete um die Städte Debar und Tetovo an Albanien abzutreten, das dafür im Austausch das Westufer des Ohridsees an Mazedonien abtreten sollte. Zudem sollte, so die Überlegungen, die albanische Bevölkerung umgesiedelt werden. erinnert man sich daran, dass das Manifest der Serbischen Akademie der Wissenschaften 1986, den Aufstieg von Slobodan Milošević und seiner Kosovopolitik vorbereitete, konnte man auch dahinter einen politischen Versuchsballon mazedonischer politischer Kreise vermuten. Später stellte sich heraus, dass es angeblich schon

¹⁵ Die Lavovi können als ein Pendant zu den serbischen Paramilitärs in den Kriegen in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo betrachtet werden, hatten jedoch aufgrund der kürzeren Konfliktdauer und der geringeren Konflikintensität weitaus nicht deren eindeutig kriegsverbrecherischen „Auftrag“ der letzteren.

¹⁶ Speziell in den Städten wie Skopje, Struga und Kičevo verschiebt sich damit die ethnische Zusammensetzung (durch die Integration albanischer Dörfer), in Kičevo sogar das Mehrheits-/Minderheitsverhältnis.

¹⁷ Zu dieser niedrigen Beteiligung dürfte außer, dass die Regierung geschlossen gegen ein Referendum auftrat auch beigetragen haben, dass Mazedonien kurz davor von den USA unter dem Namen Republik Mazedonien (siehe den Anerkennungsstreit mit Griechenland bzw. der EU) anerkannt wurde.

viel früher und zwar innerhalb der damals an der Macht befindlichen Regierungskonstellation der mazedonischen VRMO-DPMNE und PDSH (der Demokratischen Partei der Albaner) zu Gesprächen über eine Aufteilung Mazedoniens kam, an der der damalige Premierminister Georgievski und der Parteivorsitzende der PDSH, Xhaferi, direkt beteiligt waren. Beide glaubten nicht an ein multiethnisches Mazedonien. Angeblich war an diesen Gesprächen auch der damalige serbische Premier Djindjić beteiligt. Der Kosovokrieg machte damals den Beteiligten offensichtlich einen Strich durch die Rechnung. 2003, also Jahre nach dem Konflikt in Mazedonien machte sich Georgievski, inzwischen in der Opposition, wieder Gedanken über die ethno-territoriale Landkarte: er nahm in einigen Zeitungsartikeln Stellung zur „Rettung“ multiethnischer Städte wie Struga Tetovo, Kičevo und Skopje für die mazedonische Nation (vgl. Buechsenschuetz 2005). Da vor allem aber das Echo in der mazedonischen Öffentlichkeit dazu negativ war, verliefen diese Bemühungen Mazedonien ethnisch zu purifizieren im Sande.

Es dauerte lange bis die letzten Bestimmungen des Ohrid Abkommens umgesetzt wurden – wie etwa die Bestimmung, dass in mehrheitlich albanischen Siedlungsgebieten die albanische Flagge gehisst werden darf, erst im Juli 2005 (vgl. Buechsenschuetz 2005). Letztendlich wurden diese Bestimmungen aber alle offiziell in kraftgesetzt und ihre Umsetzung dürfte grundsätzlich reibungslos, wenn auch sehr schleppend, verlaufen.

Die regionale Dimension ist wichtig

Vor allem im Fall Mazedoniens spielt die regionalpolitische Dimension nicht nur bei der Konfliktprävention und der Konfliktbewältigung eine wichtige Rolle. Wie schon oben erwähnt betrifft das insbesondere die Geschehnisse und Entwicklungen im Kosovo aber auch in der weiteren Region. Die Erfolge bzw. Misserfolge in den anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens sind ein Indikator für die Entwicklung in Mazedonien. Genauso ist die mazedonische Entwicklung mit anderen Nachfolgestaaten zu vergleichen. Was die Gender Aspekte post-jugoslawischer Transformation anlangt, so findet sich Mazedonien meist in der Spitzengruppe.¹⁸ Oft befindet sich Mazedonien hier in Gesellschaft mit Slowenien und Kroatien, den Vorreitern im Annäherungsprozess an die Europäische Union, oft ist es aber auch das internationale Protektorat Kosovo, das hier Mazedonien strukturell am ähnlichsten ist. So betrachtet ist die Position Mazedoniens wohl nicht zuletzt eine zwischen Europäisierung und Internationalisierung gerade auch im Hinblick auf das Geschlechterverhältnis in einer Post-Transformations- und einer Post-Konflikt-Phase.

¹⁸ vgl. dazu den Bericht über Gender Equality in SEE : Six Years Later 2005, <http://www.stabilitypact.org/gender/GTFGENDER%20EQUALITY%20IN%20SEE%20-%20SIX%20YEARS%20LATER%20Sept%202005.pdf>

4. Welche Auswirkungen haben die Ereignisse auf die Institutionen?

4.1 Soziokulturelle Institutionen

Familie und Verwandtschaftsbeziehungen

Das Gefälle, das viele Bereiche der mazedonischen Gesellschaft kennzeichnet, gilt auch für den Bereich der sozialen Organisation, Familie und Verwandtschaft. Die traditionelleren Formen der „Balkanfamilie“ einer Familie, die weit über die Kernfamilie hinausgeht und mehrere Generationen umfasst, wird zwar immer seltener, doch ist sie eher bei AlbanerInnen als bei MazedonierInnen anzutreffen, da diese auch stärker in den ländlichen Gebieten leben, während der innermazedonische Migrationsprozess vor allem die MazedonierInnen erfasst hat. Sie sind es auch, die meist ins nahe oder fernere Ausland emigrieren, wobei sich in letzter Zeit dieser brain drain von der wenig qualifizierten Landbevölkerung zu den gutausgebildeten Städtern verschoben hat. Obwohl formal in Mazedonien, wie auch in den anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens, moderne Gesetze in Kraft sind, erweisen sich gewohnheitsrechtliche Normen besonders in den ländlichen Siedlungsgebieten als sehr beständig, z.B. was das Familien- und Erbrecht, das Sorgerecht im Falle von Scheidung oder Verwitwung angeht.

Große Unterschiede, was die familiäre Organisation und die Familiengröße angeht, bestehen zwischen den ländlich-dörflichen Gebieten und den Städten, weil auf dem Land die Großfamilie auch eine landwirtschaftliche Produktionsgemeinschaft darstellt. Die durchschnittliche Haushaltsgröße in den ländlichen Gebieten ist größer als in der Stadt. Die Kernfamilie ist ein städtisches Phänomen. Die Familienoberhäupter im ländlichen Raum sind fast ausschließlich männlich, während es in den Städten eine größere Variationsbreite und eine Tendenz zur Kleinfamilie gibt.

Die Stellung der Frauen auf dem Land ist geprägt durch den fehlenden Zugang zu den Produktionsmitteln, da die Frauen in der Regel keinen Landbesitz haben. Rein rechtlich gesehen, sieht das Gesetz die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Hinblick auf Eigentums- und Erbschaftsfragen vor, allerdings sind traditionelle Praktiken immer noch vorherrschend. Frauen sind zumeist in der Landwirtschaft sowie mit der Versorgung der Familie beschäftigt. Der Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten und eine wesentlich schlechtere infrastrukturelle Versorgung im ländlichen Raum erhöhen die Belastungen der Frauen und verschlechtern die Ausbildungschancen und damit zukünftige Einkommenschancen der Mädchen.

In den Städten wiederum sind die Frauen von der viel höheren Frauenarbeitslosigkeit, sowie den höheren Lebenskosten betroffen. Sie haben zwar mehr *“room for manoeuvre“*, mehr Entscheidungsfreiheit und leichteren Zugang zu Ressourcen, ihnen fehlen aber die dichten familiären Netzwerke, die auf dem Land noch bestehen.

Während für MazedonierInnen der Staat in erster Linie als oft versagender aber doch legitimer Produzent von Sicherheit und öffentlichen Leistungen gilt und Ausdruck der „eigenen Nation“ ist, den man nach langer Zeit endlich erhalten hat, ist es für die AlbanerInnen oft ein fremder und teilweise durchaus feindlicher Staat, den man mit Misstrauen gegenübersteht. Als Reaktion darauf blieb der familiär-verwandtschaftliche Rahmen für die albanische Bevölkerung faktisch und symbolisch ein wichtiger Bezugspunkt, auf den man sich reaktiv-defensiv in Zeiten von Not und Krise zurückziehen kann.

Für das Geschlechterverhältnis hatte dieser Ausschluss jedenfalls negative Konsequenzen. Die zumindest teilweise Betonung traditionellerer Organisationsformen und Lebensstile, in Kombination mit der Pauperisierung führt entweder zu einer Verdrängung oder einem permanenten Ausschluss von Frauen aus dem öffentlichen System. Sie haben damit schlechtere Voraussetzungen ihre Chancen auf Arbeit, Ausbildung aber auch gesundheitliche Versorgung durchzusetzen.

Religion

Bislang war die Religion und die unterschiedlichen religiösen Bekenntnisse kein wichtiges strukturelles Merkmal des Konfliktes, weil dieser anhand ethno-nationaler und nicht religiöser Grenzen verläuft. Die überwiegende Zahl der MazedonierInnen gehört der autokephalen orthodoxen Kirche an, die Mehrheit der AlbanerInnen (sowie die türkischen Minderheit) dem sunnitischen Islam. Ebenso ist die Religion kein wichtiger und jedenfalls kein negativer Faktor im Geschlechterverhältnis. Im Vergleich zu den traditionellen, sehr patriarchalen Vorstellungen über die Rolle der Frau sind die Vertreter der Religionen, zumindest was ihre Aufgeschlossenheit gegenüber den Rechten der Frauen angeht, liberaler.

Inwieweit hat der Konflikt die Geschlechterbeziehungen geändert und betroffen?

Da der Konflikt nicht sehr lange dauerte und auch nicht sehr intensiv war - im Vergleich etwa mit dem Kosovokrieg oder dem Konflikt in Bosnien-Herzegowina – ist die Veränderung der Geschlechterbeziehungen auch nicht als so tiefgreifend anzusehen. Im Vergleich zu anderen

Konflikten im Ehemaligen Jugoslawien ist es im mazedonischen Konflikt nicht zu einem Zusammenbruch nationaler Institutionen gekommen und daher auch nicht zu einer „Reparatur“ oder dem Wiederaufbau dieser Institutionen, wie sie für die internationalen Protektorate in Bosnien-Herzegowina und Kosovo charakteristisch sind. Der Einfluss der internationalen Vertreter in diesen Protektoraten brachte zahlreichen Veränderungen und Novellierungen gesetzlicher und institutioneller Bestimmungen, die zu massiven Eingriffen in das lokale politische und gesellschaftliche System führten. Diese Einflüsse bildeten auch die Basis für eine regulative Umgestaltung des Geschlechterverhältnisses.

Mazedonien blieb von solch weitgehenden Eingriffen, sowohl auf der Konflikt- wie auf der politisch-interventionistischen Ebene ausgenommen, sieht man vom engeren Bereich des Ohrid Abkommens ab, das jedoch (typischerweise) keine geschlechterspezifischen Bestimmungen enthält.¹⁹ Für eine Auflistung und anschließende Bewertung des Themenkreises Gender ist daher das Augenmerk vor allem auf die nationalen Bestimmungen und Institutionen zu richten und dann zu fragen, ob der Konflikt (und in geringerem Maße auch die Loslösung aus dem Ehemaligen Jugoslawien) zu Veränderungen dieses status quo geführt hat. Aufgrund der geopolitischen Nähe zum Kosovo wird auch dieses Sonderverhältnis etwas näher beleuchtet werden.

Überall dort, wo die Internationale Gemeinschaft es betont hat, wurden Reformen zumindest angesteuert: also etwa im Bildungsbereich (mehr multinationale Schulen, Veränderungen der Curricula etc.) und im politischen Bereich (siehe die Forderungen nach Unterstützung bei der Auswahl und Förderung von Kandidatinnen in Parteien). Freilich darf nicht vergessen werden, dass die Förderung von bisher kulturell und politisch viel weniger eingebundenen Frauen der Minderheiten, besonders der AlbanerInnen aber auch der mazedonischen Roma, hier nicht nur auf inter- sondern auch ganz stark auf inner-ethnische Vorbehalte trifft.

4.2 Politische Institutionen

Die nationale Gesetzeslage basiert auf der Verfassung von 1991, die generelle Diskriminierung im Bezug auf Geschlecht verbietet. Das Gesetz über Arbeitsbeziehungen verbietet Diskriminierung am Arbeitsplatz. Seit der Beijing Erklärung 1997 gibt es eine Gleichheitskommission im Sozialministerium sowie ein Nationales Komitee für Gender Equality, in dem staatliche und nicht-staatliche Akteure vertreten sind. Im Büro des

¹⁹ Dieses Ausblenden des Gender Aspektes aus Friedensverträgen wurde von den Frauenorganisationen, insbesondere denen des Kosovo, wiederholt angeprangert. Insbesondere kritisiert wurde dabei die Internationale Gemeinschaft, der es möglich wäre, hier ein Zeichen zu setzen.

nationalen Ombudsmann gibt es eine Person, die sich speziell mit Frauenrechten und ihrer möglichen Verletzung beschäftigt. Die Gender Task Force (GTF) im Stabilitätspakt für Südosteuropa²⁰ war dafür verantwortlich, dass im Jahr 2000 die Mazedonische Frauenlobby (MWL) gegründet wurde, die sich aus Aktivistinnen aus dem staatlichen und nicht-staatlichen Bereich, Politikerinnen und Frauen aus dem akademischen Bereich zusammensetzt.²¹ Im nationalen Parlament gibt es einen Club für weibliche Abgeordnete²², auf der lokalen politischen Ebene gibt es in den Gemeinderäten Kommissionen für Gender Equality, die die politische Rolle der Frauen auf der Gemeindeebene wie in der Lokalverwaltung stärken soll. Im Moment baut die Task Force im Stabilitätspakt gerade ein südosteuropäisches Bürgermeisterinnen-Netzwerk auf. Im Vergleich zu den anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens liegt Mazedonien meist in der Spitzengruppe, was etwa die Zahl der Ministerinnen oder weiblichen Abgeordneten im Parlament angeht.

Die bekanntesten Frauen NGOs sind die 1994 gegründete Union der Frauenorganisationen der Republik Mazedonien (Savez zenskih organizacija u Makedoniji - SOZM)²³ sowie die Frauenorganisation von Skopje (OSZ Skopje) und die ESEM (HAESE Humanitarian Association for Emancipation, Solidarity and Equality of Women).²⁴ Die meisten Aktivitäten werden von internationalen Organisationen (wie z.B. OSZE, Council of Europe, Weltbank, UNDP, UNHCR) oder Stiftungen (wie z.B. die Soros-Foundation, die Konrad Adenauer-Stiftung, die Olof-Palme Stiftung, Kviina Til Kviina) finanziert. Es ist eher die Ausnahme, dass lokale (Frauen-)Organisationen oder NGOs die finanzielle Trägerschaft eines Projektes übernehmen (können). Inhaltlich entsprechen die meisten Projekte den klassischen Frauenthemen Bildung und Ausbildung, politisches Engagement (etwa die gezielte

²⁰ vgl. dazu die homepage der GTF: <http://www.gtf.hr/index.html> Bezeichnenderweise war es die mazedonische Ansprechpartnerin für diese Organisation, Savka Todorovska, die während der Krise einige Treffen und Diskussionen zwischen mazedonischen und albanischen Frauen und Frauenorganisationen organisierte. Vgl. <http://www.stabilitypact.org/gender/010402-skopje.asp>

²¹ Eine der Forderungen der Lobby war es die 2002 im Gesetz verankerte 30% Frauenquote auf allen Wahllisten durchzusetzen. Oft scheidet das schon daran, dass zu wenige Frauen (sich) als Kandidatinnen präsentiert werden.
²² Seit den Wahlen 2002 gibt es 22 Parlamentarierinnen im 120 Mitglieder zählenden Parlament, eine davon ist Albanerin, beides sind, was die Erhöhung von Gender Repräsentativität angeht, absolute Fortschritte (vgl. dazu <http://www.stabilitypact.org/gender/election-observation.doc>). Auf der lokalen Ebene sind es dann gerade noch 8,4% Frauen vgl. dazu die regionale Aufstellung von Frauen als politischen Entscheidungsträgerinnen (Stand 2004); <http://www.stabilitypact.org/gender/documents/GTFMATRIXJULY2004.pdf>. Inwieweit der Machtwechsel durch die Parlamentswahlen vom Juli 2006, der die VRMO-DPMNE mit 45 Mandaten zum Wahlsieger machte, dies ändern wird, bleibt bis nach der Regierungsbildung abzuwarten. Koalitionsgespräche werden momentan mit der DUI geführt, die 17 Mandate gewonnen hat.

²³ vgl. dazu die homepage der Organisation: <http://www.sozm.org.mk>

²⁴ Hier gibt es leider nur eine Email-Adresse: esem@unet.com.mk

Unterstützung Kandidatinnen und Politikerinnen vor Wahlen)²⁵, rechtliche Aufklärung und Schutz vor Gewalt etc.

Projekte und Aktionen, die einen Bezug zum Konflikt von 2001 darstellen, sind eher selten: Zu diesen Ausnahmen zählen unter anderem:

- ein 2001 begonnenes Projekt für die intern Vertriebenen, die in Flüchtlingszentren Aufnahme fanden, finanziert von der US-Botschaft sowie der Konrad Adenauer Stiftung und durchgeführt von der mazedonischen Frauenunion,
- die 2002 vom UNHCR gestartete Women's Peace and Co-Habitation Initiative, die Probleme, Unterschiede und Gemeinsamkeiten des multinationalen Zusammenlebens mit Frauen verschiedener ethnischer Herkunft in Seminaren und Workshops diskutiert,
- die Aufklärungskampagne über Waffenbesitz anlässlich der Entwaffnung 2003, durchgeführt vom Open Society Institute Macedonia,
- sowie die Einrichtung einer multiethnischen Schule, die Sprachkurse in den nationalen Sprachen anbietet. Projektträger ist die mazedonische Frauenunion.
- Ebenso gibt es von der Internationalen Gemeinschaft unterstützte Projekte Lehrer für den Schulunterricht in ethnisch gemischten Gemeinden auszubilden.

Ob und inwieweit dabei die personelle Zusammensetzung multinational und im Bezug auf das Stadt-Land-Gefälle repräsentativ ist, ist unklar. Die Konzentration der meisten Organisationen auf die Hauptstadt Skopje und größere Städte sowie die zumeist mazedonische Herkunft der Aktivistinnen spielt dabei sicherlich eine Rolle. Es ist daher ebenso wichtig wie selten, dass bestimmte Einrichtungen und Projekte darauf Rücksicht nehmen, wie z.B. die 2003 begonnene Initiative der NGO Macedonian Centre for International Cooperation (MICM)²⁶, die ein Gender Konzept für die ruralen Teile Mazedoniens entwickelte, um überhaupt den Bedarf und die Probleme in traditionell eher vernachlässigten Gebieten zu erheben.

4.3 Militärische Institutionen

Die Sicherheitslage ist durch den Konflikt nachhaltig erschüttert worden. Dies manifestiert sich einerseits in einer konkreten Angst vor Vertreibung und Verfolgung unter den besonders davon betroffenen Gruppen (in ethnisch gemischten Gebieten und den Grenzgebieten), aber auch in einem diffuseren Gefühl der Angst vor einer weiteren Abnahme der öffentlichen

²⁵ Erreicht wird nach Aussage SOZM, die ein solches Projekt zusammen mit der OSCE spill over Mission durchführt, dass neben der direkten Förderung der Kandidatinnen auf diesem Wege auch Frauenthemen eher Eingang in Wahlprogramme finden, siehe <http://see.oneworld.net/article/view/133931/1/>

²⁶ vgl. dazu <http://www.mcms.org.mk/default-en.asp>

Sicherheit (Privatisierung bzw. Kommunalisierung von Sicherheit), die von einer höheren Attraktivität von Waffen(-besitz und gebrauch) begleitet wird. Dabei ist interessant zu beobachten, dass diese Ängste ethno-national unterschiedlich sind aber auch gendert sind: so halten die vom Konflikt am stärksten betroffenen AlbanerInnen zumindest ihre kommunale Sicherheitslage insbesondere seit dem Ohrid-Abkommen für am wenigsten besorgniserregend, die MazedonierInnen folgen, während die vom Konflikt nicht unmittelbar betroffene serbische Minderheit am besorgtesten ist (vgl. SALW 2006:4).

Während es vor allem Männer sind, die durch Schusswaffen verletzt werden oder sterben, ist die Angst der Frauen vor Waffen in der Öffentlichkeit, die sie besonders kriminellen Banden zuschreiben, viel höher. Gleichzeitig fühlen sich mehr Frauen als Männer durch den Waffenbesitz in der Familie gefährdet (SEESAC 2004:51f). Das könnte nicht zuletzt daher kommen, dass diese Waffen auch in privaten Auseinandersetzungen und dann zumeist gegenüber den waffenlosen, schwächeren Familienmitgliedern verwendet werden.

Eine mit den Konflikten in Mazedonien aber noch mehr im Kosovo in Zusammenhang stehenden Auswirkung ist, die (vorübergehende?) Zunahme von illegaler Migration und Frauenhandel als Ergebnis der internationalen Präsenz: so wurden die im Kosovo besonders auch in Mazedonien regional wie auch (in geringerem Maß) intern gehandelte Frauen in Bars und Bordellen rund um die internationalen Basen beschäftigt. Roma-Frauen scheinen dabei eine besonders gefährdete Gruppe zu sein (vgl. UNICEF/UNOHCHR/OSCE ODIHR 2004:110f). Die Erfahrung aus dem Kosovo ist, dass die internationalen Kunden im Fall einer Reduktion der internationalen Präsenz durchaus durch heimische Kunden ersetzt werden (vgl. ebda: 26).

Eines der Mittel, um den Konflikt und die Konfliktdynamik zu deeskalieren, ist die international durchgesetzte Veränderung der Sicherheitskräfte in Richtung einer Aufnahme von AlbanerInnen in die Polizei. Hierbei handelt es sich um ein jahrzehntelanges Versäumnis multi-nationaler Strukturen auch durch eine entsprechende Rekrutierungspolitik sichtbar zu machen und damit anzuerkennen.²⁷ Das funktioniert zwar soweit wenn es um Formales (Quoten etc.) geht, inhaltlich und personell gibt es aber noch große Schwierigkeiten: die Ausbildung ist vor allem wegen der fehlenden Sprachkenntnisse von Ausbildnern und Rekruten der jeweils anderen nationalen Sprache ein Kommunikationsproblem. Die im Schnitt schlechter ausgebildeten albanischen Rekruten werden daher vorwiegend für

²⁷ Laut einer Studie der Internationalen Helsinki Föderation gehörten in Mazedonien nur ca. 4% aller Polizisten einer Minderheit an, vgl. IHFR (ed.), *The Role of Community Policing in Building Confidence in Minority Communities. Albania, Bulgaria, Croatia, Macedonia, Romania and Serbia*, 2002:21

administrative Tätigkeiten verwendet. Dazu kommt ein noch immer vorhandenes Misstrauen gegenüber Angehörigen der jeweils anderen Gruppe, das zum Ausschluss aus Besprechungen und polizeilichen Operationen führt. Dies gilt besonders für Einsätze der Spezialeinheiten: gerade diese sind es aber, die im Konflikt als einseitig und besonders gewalttätig galten. Insgesamt scheint die Bilanz aber trotzdem überwiegend positiv zu sein: die multiethnischen Polizeikräfte werden von der Bevölkerung als Symbol für die Möglichkeit multiethnischen Zusammenlebens verstanden und begrüßt (vgl. Stodiek/Zöllner 2005:89ff).

4.4 Ökonomische Institutionen

Mazedonien zählt zu den europäischen Ländern mit den höchsten Arbeitslosenzahlen.²⁸ Die große geographisch-regionale Heterogenität Mazedoniens, aber auch die ethno-nationale Zugehörigkeit und das Geschlechterverhältnis spielen dabei eine große Rolle. Eine relativ höhere Arbeitslosigkeit gibt es in den städtischen Gebieten, während auf dem Land Beschäftigungslosigkeit oft durch Subsistenzwirtschaft verschleiert wird. Eine wesentliche höhere Arbeitslosigkeit herrscht unter den AlbanerInnen, ihre Arbeitslosigkeitsraten werden nur mehr von denen der Roma übertroffen (vgl. UNDP Macedonia 2004:50).

Von der sich verschlechternden ökonomischen Lage sind neben marginalisierten Gruppen unter der Mehrheitsbevölkerung in erster Linie Minderheitenangehörige, insbesondere junge Menschen und Frauen betroffen. Die höchste Arbeitslosigkeitsrate weisen 20-24jährige auf.

In Mazedonien zeigen sich neben den Konfliktfolgen die typischen Probleme von Transitions-Ökonomien: Frauen werden aufgrund eines traditionalistisch-konservativen, anti-kommunistischen Kurses diskriminiert, während zur Zeit des Sozialismus ihr Gleichberechtigung gefördert wurde. Aufgrund ökonomischer Schwierigkeiten und Abbau post-sozialistischer staatlicher Strukturen sind sie überbelastet und eher von Arbeitslosigkeit betroffen. Sie werden leichter in die Schattenwirtschaft oder in die Privatsphäre abgedrängt bzw. können sie nicht in die offizielle Ökonomie vorstoßen.

Die Reduktion staatlicher Tätigkeiten zugunsten einer nachholenden Modernisierung, die oft Privatisierung meint, trifft auch die in staatlichen oder staatsnahen Sektoren überproportional beschäftigten Frauen. Meist schafft nur eine kleine Minderheit hochqualifizierter Frauen

²⁸ Die Angaben schwanken in der Regel zwischen über 30% (Umfrage unter den Arbeitskräften) und über 50% (Amt für Beschäftigung, die die offiziell gemeldeten Arbeitslosen erfasst), Coneva geht davon aus, dass die Arbeitskräfteumfrage genauer ist, vgl. Coneva 2001:17, Tabelle 3; 2002 waren laut National Human Development Report des UNDP von 2004, in Mazedonien 31,9% arbeitslos (UNDP Macedonia 2004:15)

beruflichen Aufstieg in den neuen Wachstumsbranchen. Umso mehr gilt das für die Minderheitenangehörigen, die auch in der kommunistischen jugoslawischen Phase stark unterrepräsentiert waren.

Dazu kommen noch die relativ großen (Modernisierungs-) Unterschiede in Ausbildung und Zugang zu Öffentlichkeit, die die weiblichen Angehörigen der albanischen Minderheit noch zusätzlich von ihren mazedonischen Geschlechtsgenossinnen trennen.²⁹

²⁹ vgl. dazu Brunnbauer, Ulf, *Fertilities, Families and Ethnic Conflict...*, in: *Nationalities Papers* 32(2004)3, Fußnoten 131 und 143, der die absolute Benachteiligung von weiblichen Angehörigen der Minderheiten in der Ausbildung feststellt. Vgl. dazu auch UNDP Macedonia (ed.), *National Human Development Report Macedonia 2004*:15f., der einen Mix von ökonomischen und kulturellen Gründen dafür angibt, dass mazedonische Mädchen und Buben zu gleichen Teilen weiterführende Schulen besuchen, dies bei albanischen, türkischen und Roma-Mädchen aber um vieles seltener der Fall ist. Dass es dabei um eine doppelte Diskriminierung geht, zeigt sich u.a. daran, dass auch albanische Schüler eine viel höhere drop out Rate als ihre mazedonischen Kollegen haben und diese Rate bei den Roma am höchsten ist (vgl. *National Human Development Report 2004*:16)

5. Quellenverzeichnis

Artikel und Buchbeiträge

Ackermann, Alice, Macedonia in a Post-Peace Agreement Environment. A role for Conflict Prevention and Reconciliation, in: *The International Spectator* vol 37(Jan-March 2002)1

Buechsenschuetz, Ulrich in RFE/RL vom 7. Juni 2005.

Brunnbauer, Ulf, Fertilities, Families and Ethnic Conflict. Macedonians and Albanians in the Republic of Macedonia 1944-2002, in: *Nationalities Papers* vol. 32(2004)3

Clausewitz: Vom Kriege. 1832, Gesamtwerk abrufbar unter URL: <http://gutenberg.spiegel.de/clausewitz/krieg/buch01.htm> [10.08.2005]

Cockburn, Cynthia, The Gendered Dynamics of Armed Conflict and Political Violence, in: Moser, Caroline O.N./Clark, Fiona C., *Victims, Perpetrators or Actors? Gender, Armed Conflict and Political Violence*, Lonon 2001, S. 13-19

Coneva, Ljubica, Armut und Soziale Probleme, in: *Ost-West-Gegeninformationen* 2/2001, Schwerpunktheft Makedonien

Daskalovski, Židas, Minority Political Participation and Education in the Municipality of Chair, in: Dimitrijević, Nenad (ed.), *Managing Multi-Ethnic Local Communities in the Countries of Former Yugoslavia*, Budapest 2000

Demirovski, Martin, Roma in the Sredorek Settlement, in: Dimitrijević, Nenad (ed.), *Managing Multi-Ethnic Local Communities in the Countries of Former Yugoslavia*, Budapest 2000

Hensell, Stephan, Modernisierung und Gewalt in Mazedonien, *Zur politischen Ökonomie eines Balkankrieges*, Arbeitspapier 5/2002 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung der Universität Hamburg – IPW, 2002

Kassl, Susanne, Kriegslegitimation und Geschlecht, in: *Medien im Krieg* Revisted, *Medien Journal* 2/2005, S. 35-45

Kim, Julie, Macedonia (FYROM): Post-Conflict situation and U.S. Policy CRS Report for Congress RL32172, Congressional Research Service updated 17 June 2005

Lastarria-Cornhiel, Susanna/Mari H. Clark, *Fragmentation and Farm Production in the Former Yugoslav Republic of Macedonia . A Case Study of Ethnic Albanian and Macedonian Families*, Madison/Wisc. 1996

Najcevska, Mirjana, Bilingualism in a Kumanovo Kindergarten, in: Dimitrijević, Nenad (ed.), *Managing Multi-Ethnic Local Communities in the Countries of Former Yugoslavia*, Budapest 2000

Riegler, Henriette, Was heißt Normalisierung? – Die jugoslawischen Nachfolgestaaten zwischen regionaler Distanzierung und europäischer Annäherung, in: *Die Zukunft Südosteuropas. Theorie und Praxis ziviler Konfliktlösung*, Zürich 1997

Stodiek, Thorsten/Wolfgang Zellner, Multiethnische Polizeien auf dem Balkan, in: *Die Friedenswarte* 80(2005)1-2

Simoska, Emilija, Zwischenethnische und zwischenkonfessionelle Beziehungen, in: *Ost-West-Gegeninformationen* 2/2001, Schwerpunktheft Makedonien

Reports:

International Crisis Group, Macedonia's Ethnic Albanians. Bridging the Gulf, ICG Balkans Report, no.98, August 2000, abrufbar unter: <http://www.icg.org>

International Crisis Group, Macedonia: Make or Break, Europe Briefing no.33, August 3, 2004 abrufbar unter: <http://www.icg.org>

International Helsinki Federation for Human Rights, The Role of Community Policing in Building Confidence in Minority Communities: Albania, Bulgaria, Croatia, Macedonia, Romania and Serbia, Vienna, 28-29 October 2002, abrufbar unter: http://www.ihf-hr.org/documents/doc_summary.php?sec_id=3&d_id=240

SALW Survey Assessing Demand and Supply of Small Arms and Light Weapons in Macedonia, Belgrade 2006, abrufbar unter: http://www.seesac.org/reports/Survey_FYRoM_06.pdf

SEESAC (South Eastern Clearing House for the Control of Small Arms and Light Weapons) (ed.), A Fragile peace: Guns and Security in post-conflict Macedonia, Belgrade 2004, abrufbar unter: <http://www.seesac.org/reports/macedoniaWEB.pdf>

UNDP Macedonia, National Human Development Report FYR Macedonia, Skopje 2004, Decentralization for human development, abrufbar unter: <http://www.undp.org.mk/datacenter/publications/documents/nhdr2004EngFP1.pdf>

UNDP Macedonia, Early warning Report Macedonia, December 2005, abrufbar unter: <http://www.undp.org.mk/datacenter/publications/documents/EWREngDec05.pdf>

UNDP Macedonia, Early warning Report Macedonia, March 2006 abrufbar unter: <http://www.undp.org.mk/datacenter/publications/documents/EWRMarch06.pdf>

UNICEF/UNOHCHR/OSCE ODIHR (ed.), Report on Trafficking on Human Beings in South Eastern Europe, 2004, abrufbar unter: <http://www.unicef.org/ceecis/Trafficking.Report.2005.pdf>

UNIFEM (ed), The Story Behind the Numbers: Women and Employment in Central and Eastern Europe and the Western Commonwealth of Independent States, Bratislava 2006, abrufbar unter: <http://www.un.org/womenwatch/asp/user/list.asp?ParentID=10472>

USAID/Macedonia, Gender Assessment for USAID/Macedonia, April 2004, abrufbar unter: http://pdf.dec.org/pdf_docs/PDABZ834.pdf

Anti-trafficking action in south-eastern Europe: Lack of effectiveness of law enforcement and migration approaches, prepared by Barbara Limanowska presented at the UN division for the Advancement of Women (DAW) Consultative Meeting on Migration and Mobility, December 2003, Malmö, Sweden, abrufbar unter: <http://www.un.org/womenwatch/daw/meetings/consult/CM-Dec03-EP6.pdf>

Gender and Property Rights within postconflict situations, Issue Paper No.12, April 2005, abrufbar unter: http://pdf.dec.org/pdf_docs/PNADB672.pdf